

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Dienstag, den 28. November 1893.

Die Handelspolitik im Reichstage.

Die Handelsverträge mit Rumänien, Serbien und Spanien sind nach dreitägiger Debatte an eine Kommission verwiesen worden. Die Stellung der Parteien läßt sich in Kürze wie folgt bestimmen: Die gesammte Linke, also freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei, süddeutsche Volkspartei, Socialdemokraten, ist für die 1891/92 begonnene Handelspolitik und für die neuen Verträge; die Nationalliberalen sind ebenfalls Anhänger der herrschenden Handelspolitik und werden auch die neuen Verträge genehmigen, falls nicht noch in der Kommission eine Benachtheiligung der Landwirthschaft nachgewiesen wird; ähnlich ist der Standpunkt des Centrums, nur daß hier vielleicht eine größere Zahl als bei den Nationalliberalen Vorbehalte gegen die neuen Verträge macht; die Polen wollen sich erst nach der Commissionsberatung entscheiden; gespalten ist die deutsche Reichspartei; die Redner der deutsch-konservativen endlich erwiesen sich der ganzen neueren Handelspolitik abgeneigt.

Die Opposition gegen die Handelsverträge geht von der schwierigen Lage aus, in der sich die Landwirthschaft vielfach befindet. Sachlich stand also der Streit auf der Frage: Sind die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien etc. an den gegenwärtigen Leiden der Landwirthschaft, namentlich den niedrigen Getreidepreisen, schuld, muthen die neuen Verträge mit Rumänien etc. der Landwirthschaft neue Opfer zu? Darauf kam Alles an: die Gegner der Handelspolitik mußten den Nachweis einer solchen Schädigung führen. Ist nun dieser Nachweis geführt worden? Je unbefangener und objektiver man die Verhandlungen durchmustert, um so entschiedener lautet die Antwort: Nein.

Aus dem erdrückenden Material, das der Staatssekretär Freiherr v. Marschall vorbrachte, ging schlagend hervor, daß die Handelsverträge erfüllt haben, was man von ihnen erwarten durfte, daß die erzielte Stetigkeit in den Zollverhältnissen zum Vortheil für unseren Waarenverkehr ausgeschlagen ist, daß sich unsere Handelsbilanz nicht verschlechtert, sondern verbessert hat, daß es eine Verkehrtheit ist, von einem Tribut an Oesterreich-Ungarn zu sprechen, daß die speculative Einfuhr fremden Getreides während der letzten Jahrzehnte niemals geringer war, als gegenwärtig, daß es ein greller Widerspruch ist, zu behaupten, einerseits daß das Ausland den Zoll trage und andererseits daß der ermäßigte Zoll an dem starken Preissturz für Getreide schuld sei, einem Preissturz, den auch der 75 Marktzoll gegen Rußland für die Tonne Roggen und Weizen nicht aufzuhalten vermochte.

Könnte gegen diese Beweisführung kein Material vorgebracht werden, so blieb auch die wiederholte Aufforderung vom Regierungstische, doch nun klipp und klar die behauptete Schädigung der Landwirthschaft durch die Handelsverträge zu erweisen, unbefriedigt. Der einzige Vorhalt gegen die Regierung blieb der, daß sie bei Ablauf der früheren Handelsverträge im Februar 1892 eine Kampfstellung hätte einnehmen, daß sie einen — wie ein Redner sagte — bis zu einem gewissen Grade „verheerenden“ Zollkrieg gegen alle Welt hätten führen sollen. Frankreich hat eine solche Kampfstellung eingenommen, aber mit dem Erfolge, daß ihm werthvolle Absatzgebiete, so z. B. in der Schweiz, verloren gingen. Bei unserer dem Werth nach jährlich nach Milliarden rechnenden Ausfuhr hätte die „Verheerung“ eines allgemeinen Zollkriegs Tausende und Abertausende schaffender Männer und Frauen brotlos, d. h. unvermögend, Brotfucht zu kaufen, gemacht. Was wäre damit der Landwirthschaft gedient gewesen?

Man mag den Mühen und Sorgen der Landwirthschaft noch so wohlwollend gegenüberstehen, ihre Bedeutung für Staat und Reich

noch so hoch schätzen — wenn sachliche Gründe noch etwas gelten, so sind die Vertreter des Bundes der Landwirthschaft mit ihrer Opposition gegen die Handelsverträge unterlegen.

Der Reichskanzler Graf Caprivi und die Landwirthschaft.

Gegenüber den Angriffen, die namentlich aus den Kreisen des Bundes der Landwirthschaft gegen den Reichskanzler gerichtet werden, erscheint es von besonderer Wichtigkeit, festzustellen, wie der Reichskanzler nach seinen eigenen Äußerungen vom 24. November d. J. zu der Landwirthschaft steht.

Der Reichskanzler verwies zunächst darauf, daß agrarische Maßregeln mit Ausnahme des Zoll- und Veterinärwesens zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehören und daß unter seiner Ministerpräsidentenschaft Gesetze wie die über die Rentengüter erlassen worden seien, die in hohem Grade der Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes Vorschub leisteten.

Ueber den Werth der Landwirthschaft im Allgemeinen sagte er: „Sie giebt uns eine relativ gesunde Bevölkerung, geistig und körperlich gesund; sie ist mehr geeignet, Charaktere zu erziehen, als ein anderer Beruf; sie giebt uns Soldaten, brauchbarer, geeigneter, in der freien Luft, in der Natur sich zurecht zu finden, auszuhalten, als der Beruf der Städter. Die Landwirthschaft ist unbedingt erforderlich; und was die Regierungen thun können, um sie als ein einträgliches, ertragbringendes Gewerbe zu erhalten, muß geschehen.“ Der Redner sprach sich dann, wie früher schon, über die Nachteile häufigen Besitzwechsels für den Staat aus und gebrauchte für die Leistungen altangesehener Familien zu Gunsten der Staatsinteressen das Beispiel Ostpreußens.

Dem Reichskanzler ist die Vereinigung der Landwirthschaft zu gemeinsamen Zwecken durchaus sympathisch, nicht dagegen die Art, wie es der Bund der Landwirthschaft getrieben hat: „Wenn ich noch einmal betone, daß ich diesen Bund als Ganzes nach seinem Zweck, in seiner ursprünglichen Idee für löblich und gut halte, so wird es mir nun erlaubt sein, auch diejenigen Bedenken anzuführen, die ich gegen dessen Gebahren zu machen habe, und ich kann mich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß der Bund arm an schöpferischen Ideen ist. Er ist in die Welt getreten mit einem Mal als ein erwachsenes Wesen, und es fehlte ihm der geistige Inhalt; man tappte noch herum; man hatte nur gemeinsam das Gefühl: es geht uns schlecht, es muß etwas geschehen. Man war sich aber nicht darüber klar, was geschehen müßte. Ich bin in dieser Auffassung wesentlich bestärkt dadurch, daß ich selbst in dem leitenden Blatte dieses Bundes Artikel gefunden habe, von denen ich mir sagte: nach der Vergangenheit dieses Blattes, nach dem Werth, den es sonst hat, ist es auffallend, wie es Artikel mit so geringem geistigen Inhalt aufnimmt und gar an hervorragenden Stellen abdruckt.“ Der Redner führte dann einzelne drastische Beispiele leidenschaftlicher und unverständiger Stimmungsmacherei an. „Es liegen noch andere Gefahren in der Agitation, unter anderen die, daß mit den konservativen Prinzipien die Sache nicht immer vereinbar ist, denn ich bin ein alter konservativer Mann, habe die Ursprünge der konservativen Partei miterlebt, habe Stahl und Hirsch auf dem Katheder gehört. Damals war eins der ersten Axiome, dem ich mein Lebenlang zugestimmt habe und noch heute zustimme: Autoritäten und nicht Majoritäten! Jetzt haben Sie einen Weg beschritten — und es ist mir begreiflich, das allgemeine Wahlrecht bringt dazu —, indem konservative Männer dieses Prinzip umkehren und sagen: Majoritäten, und nicht Autoritäten! Ich meine hier mit Autoritäten nicht etwa die Regierungen. Ich würde wünschen, daß Autoritäten unter Ihnen sich nun bemühten, die Mittel und Wege zu finden, wie der Kalamität abzuhelfen ist. . .

Und so haben wir denn Dinge zu hören und zu lesen bekommen, die mich aufs Tiefste betrüben, in denen ich einen Rückschritt unseres Staatslebens und patriotischen Empfindens erkenne, Dinge, die wenn man sie mit dem vergleicht, was früher in Deutschland gedacht und gethan worden ist, tief beklagenswerth sind, Dinge, über die ein Fichte und Ernst Moritz Arndt mit der heiligsten Entrüstung sprechen würden. Man stellt die Interessen einer Gruppe den Interessen des Staates voran. Das ist das, was ich beklage."

Den Vorhalt, daß er selbst gesagt habe, „kein Ar und keinen Halm“ zu besitzen, that Graf Caprivi wie folgt ab: „Was heißt denn das? Entweder heißt es: Du hast von der praktischen Landwirtschaft nicht die erforderlichen Kenntnisse. — Nun bin ich der Meinung, daß solche Kenntnisse doch nur in beschränktem Maße erforderlich sind, um sich über die Lage eines Berufsweiges, auch eines so wichtigen Berufsweiges, zu unterrichten. Ich glaube nicht, daß es nothwendig ist — und ich glaube auch nicht, daß diese Herren alle es gethan haben —, den Dreschflügel zu schwingen und den Pflug zu führen, um diejenigen Kenntnisse zu erwerben, aus denen heraus man im Ganzen die Lage der Landwirtschaft beurtheilen kann. Aber es kann sein, daß nicht bloß der Vorwurf einer solchen Unkenntniß mir damit hat gemacht werden sollen; ich glaube vielmehr, man hat sagen wollen — und ziemlich unverbümt ist das herausgekommen —: der Mann ist nicht interessiert an der Landwirtschaft, deshalb nimmt er an unseren Interessen nicht theil. Ja, meine Herren, wenn das der Fall wäre, wie weit wären wir dann gesunken, wenn man voraussetzte, daß der Egoismus der Hebel für die Handlungen eines Beamten ist! Ich behaupte noch heute und sage das immer wieder, und sage es gern — denn es entspricht der Wahrheit —: ich habe einmal kein Ar und keinen Halm, trotzdem aber werde ich, soweit mein Erkennen und mein Vermögen reicht, für die Landwirtschaft weiter sorgen."

Woran krankt die Landwirtschaft? Auf diese Frage gab der Reichskanzler folgende Antwort: „Nach meiner Ueberzeugung zunächst die Verschuldung eines großen Theils unserer Besitzer, nicht daß die Verschuldung durch die Schuld der Besitzer hervorgerufen wäre — das mag auch vorkommen und kommt auch häufig vor; aber ein großer Theil der Verschuldung ist das Resultat der historischen Entwicklung. Die Güterpreise sind gestiegen, über ihren realen Werth gestiegen, es wird schwer, die Zinsen für die Schulden aufzubringen. Der zweite Uebelstand ist nach meinem Dafürhalten der, daß wir, früher ein sich selbst genügendes Land, haben auf den Weltmarkt gehen müssen: es ist ein Weltmarktpreis da, der ist entstanden, seit es Eisenbahnen und Dampfschiffe giebt; er ist entstanden und ist für uns unvermeidlich geworden, seitdem wir vom Getreide-Export zum Getreide-Import übergingen. Und endlich sehe ich den Grund für die Klagen der Landwirtschaft im Arbeitermangel. Es ist ja zu beklagen, daß die Arbeiter den Industriezentren zuziehen, knapper werden; aber nun frage ich: Was kann denn diese Regierung, die man in landwirtschaftlichen Dingen theils als böswillig, theils als unfähig hinstellt, — was kann denn die hiergegen thun? Die Landwirtschaft ist krank; aber das Uebel ist ein organisches, das liegt tief, das ist nicht durch kleine Mittel zu heilen. Das Uebel ist auch chronisch; das wird sich erst langsam heilen lassen. Sie können aber unmöglich von der Regierung verlangen, daß die Verschuldung der Landwirthe aufhört; wir können die Eisenbahnen und Dampfschiffe, die uns den Weltmarkt gebracht haben, nicht wieder abschaffen, wir können die Arbeiter nicht wieder an die Scholle heften und wir können nicht hindern, daß wir Getreide importiren müssen, so lange wir mehr Menschen erzeugen, als wir selbst ernähren können! Es ist deshalb unbillig, auf die Regierung zu schelten, wenigstens so lange man nicht selbst im Stande ist, die Mittel anzugeben, durch die diese Uebelstände gehoben werden können, und das habe ich noch von keinem der Herren Mitglieder des Bundes der Landwirthe vernommen."

Die „Correspondenz“ des Bundes der Landwirthe

hat in der letzten Zeit eine Reihe von Artikeln und „Materialien“ über die neuen Handelsverträge gebracht. Mit großen Worten wird darin gegen die Handelspolitik losgezogen; sieht man sich aber das eingebrachte

Material näher an, so findet sich, daß jenes Urtheil „durch keinerlei Sachkenntniß getrübt“ ist. Aus den beigebrachten Materialien geht hervor, daß das Organ die Vorlage der Regierung nicht einmal genau gelesen hat. So wird z. B. zum Beweise dafür, daß die spanische Weinausfuhr nach Frankreich nicht zurückgegangen sei und darin also auch nicht der Grund für die Verstärkung der spanischen Weinspritbereitung und deren Schutz durch hohe Zölle liegen könne, auf die Statistik der Jahre 1889/91 Bezug genommen. Der einfache Landwirth weiß natürlicherweise nicht, daß Das, was in der Denkschrift steht, sich auf das Jahr 1892 bezieht; denn am 1. Februar 1892 ist der spanisch-französische Handelsvertrag zu Ende gegangen, und von dem Augenblick an ist in Folge der Erhöhung der französischen Zölle, die Weinausfuhr von Spanien nach Frankreich sofort um die Hälfte gesunken und die Ausfuhr stark alkoholisirter Weine unmöglich gemacht.

Anderer Stellen zeigen, daß dem Organe die Fähigkeit mangelt, mit statistischen Zahlen umzugehen. Deshalb konnte der Abg. Paasche, der früher selbst Landwirth und Professor der Land- und Forstwirtschaft war und den agrarischen Forderungen sehr wohlwollend gegenübersteht, im Reichstage von einer geradezu „jammervollen“ Behandlung der Statistik durch das Bundesorgan sprechen. Er sagte u. A.: „Sowie dieses Flugblatt vorliegt mit seinen maßlosen Angriffen gegen die Regierung, mit seinem Mißbrauch der Statistik, der doch nur darauf ausgehen kann, das Volk irre zu führen und denjenigen, denen die Statistik nicht vorliegt, falsche Begriffe von dem, was thatsächlich vorhanden ist, beizubringen, damit schädigen Sie die gute Sache, aber fördern sie nicht.“

Auch der Abg. v. Kardorff, dessen agrarische Haltung allgemein bekannt ist, konnte nicht umhin, dem Bunde der Landwirthe einen besseren „Ton“ anzurathen. Ganz einerlei also, ob man Freund oder Gegner der Handelspolitik ist, das Urtheil muß dasselbe sein, daß mit einer solchen Agitation die Interessen der Landwirtschaft nicht gefördert werden.

Neuigkeiten aus der Verwaltung

Der Minister des Innern hat dem Vorstande der Kinderheilstätte zu Salzingen auf Grund Allerhöchster Ermächtigung unter dem 20. November die Erlaubniß erteilt, zu einer ihm von der Herzoglich Sachsen-Meiningschen Regierung gestatteten öffentlichen Auspielung von Gegenständen der Kunst, des Kunstgewerbes und der Industrie zum Besten der Anstalt auch im ganzen Preussischen Staatsgebiete Loose zu vertreiben.

Politische Tagesfragen.

Warnung.

Gegenüber dem Treiben, das einzelne agrarische Organe bei der Verhandlung über die Handelsverträge in Scene setzen, hält die „Post“, die selbst den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe sehr sympathisch gegenüber stand, den Augenblick für gekommen, um die Warnung auszusprechen, den Bogen nicht allzu straff zu spannen. Drei Gründe führt das freiconservative Organ hierfür an: Einmal sei selbst von extrem agrarischen Blättern die Annahme der Verträge für sicher erklärt, und es sei daher ein mindestens zweifelhaftes Manöver, die erste Kraftprobe auf einem Gebiet zu machen, wo eine schwere Niederlage sicher sei. Nachdem es sodann die Bedeutung des Bundes gewürdigt hat, fährt das Blatt fort: „Bei dem hervorragenden Interesse, welches die Industrie an dem Zustandekommen der jetzt zur Verhandlung stehenden drei Handelsverträge hat, liegt die Befürchtung nahe, daß ein zu heftiger Vorstoß gegen diese Vorlagen vom einseitig agrarischen Standpunkte aus die wirtschaftliche Vereinigung lockern oder selbst sprengen könnte, daß damit eine auch für die landwirtschaftlichen Interessen wichtige und im Anschluß an die agrarische Bewegung geschaffene Organisation schon in ihren Anfängen vernichtet würde.“

Endlich wird der schwere Widerstreit betont, der in Folge dessen zwischen den Interessen der Landwirtschaft (wie sie jetzt verstanden würden) und denen der Industrie entstehen würde, dessen Folge die sein werde, daß der so wirksame Gedanke der Harmonie aller Zweige der heimischen Produktion nur zu leicht in die Brüche gehen könne. Die Warnung schließt mit dem Satz: „Wer sich erinnert, daß erst von dem Durchbringen dieses Gedankens die Ausdehnung des Zollschutzes auf Erzeugnisse der Landwirtschaft überhaupt datirt, wird nicht zweifelhaft

darüber sein, daß die Störung dieser Interessengemeinschaft am wenigsten im Interesse der Landwirthschaft selbst liegt."

Das neue Panzerschiff „Brandenburg“.

Im Sommer 1890 wurde auf dem „Vulkan“ bei Stettin der Bau eines der großen Panzerschlachtschiffe begonnen, deren unsere Marine so dringend bedürftig ist. In diesem Jahre wurde das gewaltige 10 000 Tonnen große Schiff fertig und erhielt bei der Taufe den Namen „Brandenburg“.

Nachdem die Panzerung vollendet und die gesammte Artillerie aufgestellt war, wurde vor der Ueberführung des Schiffes im Hafen von Swinemünde die Maschine noch einmal in langsamer Gangart probirt, dann der Weg nach Kiel angetreten und während der Reise die Maschine gleich auf nahezu höchste Leistung getrieben. Ohne den geringsten Anstand arbeitete sie mit dieser während der vorgeschriebenen längeren Dauer. Es ist gewiß ein Zeichen vollendeter Technik, wenn eine so große Maschinenanlage sofort und ohne eigentliche Vorproben im Stande ist, der vollen Beanspruchung zu genügen.

Die Maschinen sollten contractlich mindestens 8 000 Pferdekkräfte indiciren, aber bei dieser ersten Probe in See stiegen die Pferdekkräfte bis auf 9 640. Die Geschwindigkeit, die das Schiff bei dieser nicht forcirten Maschinenleistung erreichte, betrug 16 1/2 Knoten. Es steht daher auch in dieser Beziehung vollkommen ebenbürtig den englischen und französischen Schlachtschiffen ähnlicher Größe zur Seite und alle die Befürchtungen über unzulängliche Geschwindigkeit, die in Reichstag und Presse seiner Zeit laut wurden, dürften nunmehr widerlegt sein. In Stärke von Panzer durchschlagenden, schweren Geschützen ist „Brandenburg“ wohl allen schwimmenden Panzerschiffen mindestens ebenbürtig. Jedes der 6 Stück 28 Centimeter-Geschütze wiegt 44 Tonnen, je zwei stehen immer nebeneinander in einem Panzerturm; ein Panzerturm steht vorn, einer in der Mitte und einer hinten auf Deck. Die zahlreichen Schnelllade-Geschütze von 10,5 Centimeter und 8,8 Centimeter Kaliber sind zwischen und über ihnen aufgestellt.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient die ganz außerordentliche Manövrierfähigkeit des Schiffes, die für ein Schlachtschiff, das rammen und dem Rammschlag des Gegners ausweichen soll, nicht hoch genug anzuschlagen ist. Ein Beweis der guten Construction des Schiffes ist es übrigens, daß man nicht, wie dies vielfach auf neueren Schiffen geschieht, unter den durch die Bewegung der Schraube hervorgerufenen Erschütterungen zu leiden hat.

Am 17. November lief die „Brandenburg“ in Kiel ein, und wenige Tage darauf unternahm der Kaiser an Bord des Schiffes eine Probefahrt, infolge deren er seiner Befriedigung über die guten Leistungen beim Bau des Panzerschiffes in einem Telegramm an den Vulkan Ausdruck verlieh.

Stand der Herbstsaaten in Deutschland.

Der Stand der Herbstsaaten im Deutschen Reich Mitte November ist nach der Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes bei Anwendung der bekannten Noten: 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering, 5 sehr gering, folgender: Winterweizen 2, Winterjagel und -roggen 1,9, junger Klee und Luzerne 3,4.

Kartoffel- und Heuernte.

Die Kartoffelernte ist mit wenigen Ausnahmen ohne Frostschaden beendet; doch ist leider die Frucht nicht überall reif eingebracht. In Folge dessen und wohl auch bedingt durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse während der für die Entwicklung der Kartoffeln wichtigsten Zeit faulen dieselben vielfach in den Mieten und Kellern. Die meisten Klagen hierüber werden aus Hessen-Nassau und der Rheinprovinz laut. Die höchsten Sätze an faulen Kartoffeln steigen dajelbst in einzelnen Berichtsbereichen auf 50 vom Hundert. Im Durchschnitt von ganz Preußen wurde der Ernteertrag auf 13 566 kg vom Hectar geschätzt. Im Jahre 1892 betrug der Ernteertrag nach den Octoberschätzungen 12 096 kg, eine Mittelernte wurde auf 10 788 kg angenommen.

Die Heuernte ist in Folge der großen im Frühjahr und Sommer herrschenden Trockenheit sehr gering. Vielfach wurden Kleefelder und Wiesen abgeweidet. Der hierdurch und durch den Mangel an Sommerungsstroh entstandene Futterausfall wird in manchen Berichtsbereichen bis auf zwei Drittel des durchschnittlichen Ertrages angenommen. Für den Staat berechnet sich der Hectarertrag bei Kleeheu auf 2 249 kg, bei Wiesenheu auf 2 275 kg.

Unter diesen Umständen fällt es, wie die „Stat. Corr.“ hervorhebt, doppelt schwer ins Gewicht, daß auch Futtermittel und Stroh mangelt und daß durch Eintritt frühzeitigen Frostes die Futterreste im Felde mehrfach nicht mehr benutzt werden können, auch ein Theil des Herbst-

futters an Spörgel, Stoppelnrüben und sonstigen Futterkräutern erfroren ist. In Folge dessen mehren sich die Befürchtungen, daß im Laufe des Winters vielfach Futtermangel eintreten werde.

Vom Reichsgericht.

Das neue Dienstgebäude des Reichsgerichts in Leipzig soll im Herbst 1895 bezogen werden. Es sind im neuen Etat noch 200 000 Mark ausgemorfen zu den Kosten für die innere Einrichtung und Ausstattung der für das Reichsgericht bestimmten Räumlichkeiten sowie der Repräsentationsräume in der Dienstwohnung des Präsidenten und die Kosten der elektrischen Beleuchtungsanlage. Bei dem Reichsgericht soll die Zahl der Räte von 71 auf 74 erhöht werden, um die Zahl der Räte bei den vier Strafsenaten auf 30 erhöhen zu können. Während die Zahl der Revisionen in Strafsachen 1889 nur 3 427 betrug, erhöhte sie sich 1892 auf 4 481 und im Jahre 1893 wird sie mindestens 4 800 betragen. Davon entfallen durchschnittlich auf jeden Senat 1 200 und auf jeden Rath 178. Diese Anzahl kann dauernd von einem Einzelnen nicht bewältigt werden. Trotz der angestrengtesten Thätigkeit der Mitglieder haben schon jetzt Verzögerungen in der Erledigung der anhängigen Sachen nicht vermieden werden können. Die Zahl der unerledigt gebliebenen Strafsachen, welche am Schluß des Jahres 1891 450 betrug, ist am Schluß des Jahres 1892 auf 554 gestiegen. Eine Verstärkung der Besetzung der Strafsenate erweist sich hiernach als unerläßliches Bedürfnis.

Ausschmückung des Reichstagsgebäudes.

Für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes mit Bildwerken und Malereien sind im neuen Etat als zweite Rate 400 000 Mark angelegt. Im Etat 1893/94 waren schon 340 000 Mark angelegt. Vornehmlich kommen bei dem neuen Ansatz nach den von der Reichstags-Baucommission gebilligten Vorschlägen der Bauverwaltung in Betracht: Glasmalereien in der großen Halle und in einigen anderen bevorzugten Räumen, figürlicher Schmuck der großen Halle (4 freistehende Figuren, Modelle und Ausführung in Stein), die Beschaffung der Modelle zu acht Standbildern und zu vier Nischenfiguren für die Süd-Eingangshalle, zwei Kamine für die Voräle des Bundesraths und des Reichstagspräsidentiums, die dekorative Malerei in den nämlichen Räumen und Vorarbeiten für die dekorative Malerei in der großen Halle, den Schreib- und Leserräumen, dem Saal der Restauration und dem Bundesraths-Sitzungs-saal.

Die feststehenden Dampfkessel in Preußen nach ihrer Form 1879 und 1893.

Zu Anfang 1879 wurden in Preußen 32 411, zu Anfang 1893 dagegen 53 024 feststehende Dampfkessel gezählt; das ergibt eine Vermehrung um 63,6 Procent.

Die feststehenden Dampfkessel zerfallen in: einfache Walzenkessel, Walzenkessel mit Siederöhren, engrohrige Siederohrkessel, Flammrohrkessel mit einem Flammrohre oder mit zwei Flammrohren, Flammrohrkessel mit Quersiedern, Heizrohrkessel ohne Feuerbüchse, Feuerbüchsenkessel mit vorgehenden und rückkehrenden Heizröhren, Feuerbüchsenkessel mit Siederöhren und Kessel anderer als der genannten Arten. Die Zahl der Kessel einfachster Bauart, nämlich der einfachen Walzenkessel und die Walzenkessel mit Siederöhren ist in Preußen zurückgegangen, während die Kessel aller übrigen Formen, und zwar zum Theil sehr beträchtlich, zunahmen. So vermehrten sich seit 1879 die Flammrohrkessel mit zwei Flammrohren und die Heizrohrkessel ohne Feuerbüchse auf das Doppelte, die engrohrigen Siederohrkessel, die Feuerbüchsenkessel mit vorgehenden und rückkehrenden Heizröhren und die Feuerbüchsenkessel mit Siederöhren auf das Dreifache, die Flammrohrkessel mit Quersiedern sogar auf das Neunfache.

Im Jahre 1879 machten die Walzenkessel mit Siederöhren noch den größten Antheil aller preussischen Kessel, nämlich über ein Viertel derselben, aus; dieser Vorrang ist 1893 auf die Flammrohrkessel mit zwei Flammrohren übergegangen, welche, 1879 schon über 24 pSt., heute über 28 pSt. aller preussischen Kessel betragen.

Die Flammrohrkessel mit Quersiedern waren 1879 mit der kleinsten Zahl — 1,05 pSt. aller Kessel — vertreten; zu Anfang 1893 stieg ihr Antheil auf 5,70 pSt. und übertraf nicht nur denjenigen der einfachen Walzenkessel, sondern auch denjenigen der engrohrigen Siederohrkessel wie der Heizrohrkessel ohne Feuerbüchse und der Feuerbüchsenkessel mit Siederöhren.

Personalien.

Der Regierungsassessor Dr. Ernst August Leese zu Straßburg (Elsaß) ist zum Regierungsrath und Mitglied der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt worden.